

der Transparenz und der demokratischen Kontrolle öffentlicher Dienste und Unternehmen. Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ist für DIE LINKE eine Form der Wirtschaftsdemokratie.

Privatisierung fördert Armut und soziale Ausgrenzung

Privatisierung ist ein Angriff auf demokratische und soziale Rechte

Rekommunalisierung statt Ausverkauf!

Öffentliche Dienste für alle statt Profit für wenige!

Rekommunalisierung ist erfolgreich!

Beispiel Wasser

In Potsdam war die Wasserwirtschaft Ende 1997 zu 49 Prozent an den deutsch-französischen Konzern Eurawasser verkauft worden. Das Resultat: Die Preise stiegen innerhalb von drei Jahren um fast 80 Prozent! Im Jahr 2000 kaufte die Stadt Potsdam ihren Anteil an Eurawasser zurück. Auch in Frankreich sind in den letzten Jahren zahlreiche Wasserbetriebe rekommunalisiert worden – mit der Folge, dass die Wasserpreise um bis zu 45 Prozent reduziert werden konnten.

Beispiel Abfallwirtschaft

Kommunal ist billiger. Jedenfalls wenn es um die Abfallwirtschaft geht. Seit der Kommunalisierung der Müllabfuhr im nordrhein-westfälischen Bergkamen konnten die Gebühren um 12 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig wurden die Löhne der Arbeiter erhöht und der Service verbessert. Auch im Rhein-Sieg-Kreis gelang es dem rekommunalisierten Entsorgungsunternehmen, bereits im ersten Betriebsjahr 800.000 Euro an Kosten einzusparen. Im Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz sparte die Rhein – Hunsrück Entsorgung AöR gegenüber der privaten Entsorgung sogar 1,4 Millionen Euro. Eine kommunale Abfallwirtschaft ist auch umweltfreundlicher. Während private Entsorgungsunternehmen oft nach dem Motto »Je mehr Müll, desto

mehr Gewinn« wirtschaften, können Kommunen ihr Interesse an der Vermeidung oder Reduzierung von Müll zur Geltung bringen.

Beispiel Energie

Eine andere Energiepolitik kann nicht den Energieriesen überlassen werden. Die großen Energiekonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW haben von ihrem Netzmonopol lange genug profitiert, ohne dass sie ihrer Pflicht zum Ausbau der Netze nachgekommen wären – vom Umbau zu einer ökologischen Energiewirtschaft ganz zu schweigen. Deshalb tritt DIE LINKE für eine Verstaatlichung der Energienetze und eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ein. Gemeinden wie Nümbrecht, Bocholt oder Witzenhausen haben ihre Energienetze bereits erfolgreich rekommunalisiert. Auch in Ahrensburg gelang es, das regionale Gasnetz wieder unter städtische Kontrolle zu bekommen – mit der Folge, dass der Gaspreis um 5 Prozent gesenkt werden konnte.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Kontakt

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/2 40 09-0
Telefax: 030/2 41 10 46
ag.apk@die-linke.de
www.die-linke.de/oeffentlich

Mitglied werden!
Telefon: 030/24 00 95 55
<http://mitglied.die-linke.de>

V.i.S.d.P. Jürgen Klute und Sahra Wagenknecht



photozone.com

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Allmählich beginnt ein Umdenken, was den Umgang mit öffentlichem Eigentum betrifft. Während die Kommunen im Jahr 2005 noch Vermögen im Wert von 5,7 Milliarden Euro privatisiert haben, plant inzwischen jede zehnte Kommune, die an private Anbieter übertragenen Aufgaben wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Mal wird die Abfallwirtschaft rekommunalisiert, mal die Gebäudereinigung, mal die Wasserversorgung, mal die Stadtwerke. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Nicht nur, dass die Kommunen die jeweilige Dienstleistung ebenso günstig oder sogar günstiger erbringen als die Privaten. Auch der Service ist oft besser als zuvor, da die Kommunen die Qualität der Dienstleistung nun wieder direkt beeinflussen können. Außerdem können durch Rekommunalisierung qualitativ hochwertige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze bei den Städten und Gemeinden gesichert und neu geschaffen werden.

Privatisierung: teurer, schlechter, unsozial

Der Trend zur Rekommunalisierung ist die Folge einer gescheiterten Privatisierungspolitik. In der Regel konnte weder die Qualität durch private Unternehmen verbessert werden, noch sank der Preis für die Dienstleistungen. Im Gegenteil: Um möglichst hohe Gewinne zu erzielen, wurden und werden Preise erhöht, Investitionen reduziert und Arbeitsplätze abgebaut. Da sich ein flächendeckendes Angebot privatwirtschaftlich nicht rentiert, werden immer mehr Menschen von der Versorgung ausgeschlossen, wie zum Beispiel durch die Schließung vieler Postfilialen und Bahnhöfe. Gleichzeitig wächst der Druck

auf das verbleibende Personal: Soziale Leistungen werden gestrichen. Viele Beschäftigte werden genötigt, zu Dumpinglöhnen zu arbeiten.

Erfahrung macht klug

Die vielen schlechten Erfahrungen mit privaten Investoren erklären, warum der Protest gegen Privatisierungen immer stärker wird. Nach Meinungsumfragen sind nur noch 16 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, dass weitere öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden sollten. Dagegen sprechen sich 28 Prozent der Befragten dafür aus, privatisierte Dienstleistungen wieder in den öffentlichen Dienst zu überführen. 73 Prozent der Bevölkerung wollen bei Strom, Wasser und Gas durch ein kommunales Unternehmen versorgt werden. Bei einem Bürgerbegehren in Leipzig im Januar 2008 sprachen sich sogar 87,4 Prozent für den Erhalt kommunalen Eigentums aus!

Kommunal statt privat

Ziel der kommunalen Daseinsvorsorge ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern qualitativ hochwertige Dienstleistungen flächendeckend und zuverlässig zur Verfügung zu stellen und dabei hohe Standards des Umwelt- und Gesundheitsschutzes zu sichern. Da sich die kommunale Daseinsvorsorge am Gemeinwohl orientiert, kommt der gesellschaftlich erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zugute, nicht nur den Kapitalanlegern und denjenigen, die über die nötige Kaufkraft verfügen. Insofern sind kommunale Unternehmen wichtige Garanten für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität.

Kommunales Wirtschaften

In gewinnträchtigen Bereichen wie der Energiewirtschaft kann eine Rekommunalisierung zu sinkenden Preisen sowie zum Schutz der Umwelt beitragen. Statt die Gewinne aus dem Geschäft mit Strom, Gas und Wasser in private Taschen fließen zu lassen, können die Kommunen als Eigentümer selbst entscheiden, ob sie mit ihren Unternehmen Gewinne

anstreben und falls ja, wie diese verwendet werden. Beispielsweise können die Kommunen den öffentlichen Nahverkehr durch die Gewinne aus dem Geschäft mit Strom und Wasser subventionieren, um Busse und Bahnen zu günstigen Preisen fahren zu lassen. Auch die Förderung erneuerbarer Energien, der Erhalt öffentlicher Schwimmbäder und Bibliotheken oder die Senkung von Kindergartenbeiträgen wird durch solche Formen der Quersubventionierung erleichtert oder erst möglich gemacht.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Rekommunalisierung = Demokratisierung

Während durch Privatisierung bedeutende Bereiche der Daseinsvorsorge der Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürgern entzogen werden, bietet eine Rekommunalisierung ihnen die Chance, auf die Gestaltung ihrer unmittelbaren Umwelt Einfluss zu nehmen. Sowohl die Gesundheitsversorgung als auch der Nahverkehr, die Wohnungspolitik als auch Kinderbetreuung und Schulorganisation können so weit besser auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt werden. Es kann und darf nicht sein, dass der Geldbeutel allein über den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen entscheidet – wie es in der Privatwirtschaft üblich ist! Nur mit einer Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand können soziale Rechte für alle verwirklicht werden. Aus diesem Grund streitet DIE LINKE gemeinsam mit Bündnispartnern aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für den Erhalt kommunalen Eigentums und für die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Dienste. Sie streitet aber auch für eine Verbesserung der Qualität öffentlicher Dienste und für eine Verbesserung